

## **Fraktion Freie Wähler**

### **Haushaltsrede 2019**

*Regionalrat Bernhard Maier*

Der von der Verwaltung eingebrachte Haushaltsentwurf fügt sich nahtlos in die Kette seiner Vorgänger ein. Er schreibt die laufende Aufgabenerfüllung, Stand Sommer 2018, fort; Überraschungen enthält er nicht.

Ich nehme unser Ergebnis vorweg: Wir werden ihm, zusammen mit den in den Vorberatungen beschlossenen Änderungen, zustimmen.

Allerdings, meine Damen und Herren, Ansätze, die die tatsächlichen Problemzonen der Region betreffen, die aktuell und in Kürze anstehen, enthält hat der eingebrachte Entwurf nicht. Ein Hinweis mit Ausrufezeichen: Daraus ergeben sich erst jetzt durch die Aufnahme von Verpflichtungsermächtigungen mit sage und schreibe 500 Mio. € für die S-Bahnoffensive, die wohl u.a. auf unseren Antrag V.16-538 zurückgehen, und die Grundlage von schon in Kürze zwingend notwendige Bestellungen und Kostenfolgen bilden. Dies ist eine Dimension, die wir bisher nicht gekannt haben. Da gerät die Verabschiedung des Haushalts rasch zur Nebensache.

Deshalb will ich gleich als erstes darauf und auf unseren Antrag zu den Auswirkungen von zonalen Fahrverboten eingehen, der unmittelbar damit zusammenhängt. Beides hat ursächlich mit unserem Einwirkungsbereich zu tun und verändert die täglichen Lebensabläufe und die langfristige Haushaltsplanung in der Region fundamental.

### **Fahrverbote**

Entgegen dem Votum einer klaren Mehrheit des Verkehrsausschusses und im Widerspruch zu jedem natürlichen Rechtsempfinden wird ab dem neuen Jahr 160 000 Besitzern von Dieselfahrzeugen durch den Luftreinhalteplan des Landes das Fahren im gesamten Stadtgebiet von Stuttgart untersagt.

Wir sagen ganz klar: diese Fahrverbote sind unsozial, weil sie die Kleinsten treffen, die sich nicht über Nacht ein anderes Auto leisten können und sie sind unverhältnismäßig, weil sie keinen nachgewiesenen Bezug zum Gesundheitsschutz haben. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat es sich einfach gemacht, es hat den Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickoxyd/m<sup>3</sup> Luft gleichgesetzt mit einer Schwelle, die angeblich die Gesundheit gefährdet.

Dabei gibt es dafür bis heute keine wissenschaftlichen Belege. Jedermann weiß, dass es sich hier um einen willkürlich gegriffenen, politischen Wert handelt.

Die Grenzwerte für die Raumlufte beim Gewerbe sind wesentlich höher, die US-Umweltbehörde hat erst im April 2018 ihre Auffassung bestätigt, dass unter einem Jahresmittelwert von 100 Mikrogramm NO<sub>x</sub> keine Hinweise auf gesundheitliche Schäden existieren. Hier stimmt doch etwas nicht mehr.

Die Verhältnismäßigkeit ist längst nicht mehr gewahrt, Ursache und Wirkung fallen weit auseinander und die Politik nimmt diese faktische Enteignung achselzuckend hin oder begleitet sie gar, wie unser grüner Verkehrsminister mit seiner Anti-Auto-Lobby, mit Beifall.

Die Fahrverbote treffen die Krankenschwester, die mit ihrem alten Diesel zum Schichtdienst pendeln muss, ebenso wie den Industriearbeiter, dessen Job durch die hastige Verbannung des Diesels gewiss nicht sicherer wird.

Und sie treffen, und das ist unser Thema, das Umland, weil bestimmt in Ludwigsburg oder Leonberg, durch den umgeleiteten Verkehr die nächsten Verbote anstehen. Auch deshalb unser Antrag, die Auswirkungen des Fahrverbots aufs Umland zu ermitteln. Die stümperhafte Arbeit des Luftreinhalteplans zeigt sich aber genauso im Verbot zur Anfahrt in P+R-Einrichtungen am Stadtrand von Stuttgart.

Bei aller Mitverantwortung der Autohersteller, die wir nicht aus der Pflicht entlassen wollen, es geht hier um die Verantwortung der Politik im Umgang mit der Lebenswirklichkeit der Menschen.

Wir Freien Wähler fordern Bundes- und Landesregierung auf, hier schnellstens gegenzusteuern, sonst drohen nicht nur unsere Mobilität und das Eigentum der Bürger, sondern auch unsere Schlüsselindustrie in der Region schweren Schaden zu nehmen.

Und dem Klima ist dadurch auch nicht geholfen...

Aber es wird sein wie immer: Wenn die Politik versagt, werden die Kommunen die Auswirkungen ausbügeln müssen.

Im konkreten Fall wir in der Region, als Aufgabenträger der S-Bahn, die dem zwangsläufig folgenden Ansturm alles andere als gewachsen ist,

zumindest nicht jetzt und deshalb ist es nur folgerichtig, wenn wir vor diesem Hintergrund in eine große

## **S-Bahn-Aufrüstung**

gehen, wie sie auch durch die eingangs angesprochenen Verpflichtungsermächtigungen eindrucksvoll sichtbar wird. So stehen nun gleich zu Beginn des neuen Jahres wegweisende Entscheidungen an, in einer Tragweite, wie wir sie bisher nicht gekannt haben. Sie werden voll auf die Haushalte der Landkreise und Kommunen durchschlagen.

Keine Frage, wir brauchen mehr Quantität und mehr Qualität auf der S-Bahn, die mit der herkömmlichen Signaltechnik nicht umsetzbar sind. Wenn nun im Zuge von S 21 eine neue Signalsteuerung installiert wird, muss das auch für die S-Bahn gelten, um deren Zukunftsfähigkeit zu sichern. Das Zauberwort heißt ETCS, ein digitales Zugbeeinflussungssystem, das bisherige Signal- und Zugleitsysteme überflüssig und den Verkehr effizienter und pünktlicher machen und seine Kapazität um bis zu 15 % steigern soll.

Wir sind uns alle einig, dass wir das wollen, die vorliegenden Gutachten sind verheißungsvoll, eine Garantie für all die genannten Heilsversprechen sind sie nicht. Noch gleicht ETCS einer Wundertüte, niemand sagt uns genau was drin ist, und trotzdem wird uns jetzt die Entscheidung zum Kauf abverlangt. Gleichwohl, eine Alternative zu ETCS sehen wir nicht, wir sehen die Risiken, wir sehen aber auch die Chance zur Weiterentwicklung des Schienenverkehrs in der Region Stuttgart, unsere Hauptaufgabe. Wir werden die Entscheidung zur Ausschreibung treffen und setzen auf eine Finanzierungszusage des Bundes als Modellprojekt. Machen wir uns aber nichts vor: Noch steht das ganze Konstrukt auf wackligen Beinen.

Und doch: Das Ganze ist wie ein Dominoeffekt und erfordert zwingend weitere Infrastrukturmaßnahmen zum durchgehenden 15 Min. Takt (vom 10 Min. Takt sprechen wir noch nicht) wie

- die Ertüchtigung der Strecke Böblingen-Herrenberg
- den Streckenausbau Wendlingen-Kirchheim mit der Entscheidung über einen möglichen S-Bahn Ringschluss
- die Ertüchtigung der S-60
- die Wende- und Abstellanlage S-Vaihingen
- die Wiederinbetriebnahme des Gleises 130 Feuerbach mit den Verstärkerzügen auf der S 6

Dies ist allesamt noch nicht quantifiziert und bedingt in der Folge auch zur Verbesserung der Fahrgastwechselzeiten einen erheblichen Fahrzeugmehrbedarf von mehr als 50 neuen Zügen.

Das ist der nächste Dominostein, der wegen der Bestellfristen eine kurzfristige Entscheidung erzwingt. Kurzfristig heißt: **im Januar!!!** Ich nenne hier keine Zahlen, aber jedermann weiß, dass es sich um ein Gesamtpaket von mehreren hundert Millionen handelt, eine Dimension in bisher unvorstellbarer Höhe, die weit in die Zukunft reicht. Da wird das Zahlenwerk des Haushalts 2019 tatsächlich rasch zur Nebensache. Bis Januar ist es nicht mehr weit. Deshalb an der Stelle ein paar grundsätzliche Anmerkungen:

Diese beispiellose Investitionsoffensive in die S-Bahn ist verursacht durch Verkehrschaos in der Region, unzureichende Infrastruktur – besonders im Straßennetz -, durch Fahrverbote und das Gebot der Luftreinhaltung.

Aber: Die Infrastruktur der Bahn ist nach dem Grundgesetz, sowohl als Hardware als auch als Software, Aufgabe des Bundes und zwar zu 100 Prozent. Luftreinhalteplanungen und Maßnahmen hieraus sind Sache des Landes.

Hier aber geht es aber um **kommunale** Risiken und Vorleistungen, die ohne verlässliche Beteiligungsgrundlagen des Bundes und des Landes definitiv nicht leistbar sind. Da muss es mehr geben als eine Unbedenklichkeitsbescheinigung oder einen Letter of intend. Auch in der Verantwortung für diejenigen, die nach uns in der Regionalversammlung sitzen, auch der Umlagefinanzierer, ist es unverzichtbar, bis zu diesen weit reichenden Entscheidungen verlässlich die Mitverpflichtung der Beteiligten einzufordern. Auch die Bahn kommt hier ins Spiel, weil sie durch Fahrgastzuwächse und Mehreinnahmen der Gewinner dieser Aufrüstung wird.

Es ist bis dahin noch viel zu tun für die Verbandsspitze. Wir erklären unsere Bereitschaft mitzugehen, weil auch wir keine Alternative sehen, aber nicht um jeden Preis und nicht ohne Netz, den doppelten Boden werden wir wohl nicht bekommen.

### **Sonstiges und Schluss**

Wenn ich eingangs von den Problemzonen in der Region gesprochen habe, springen zwei weitere Bereiche ins Auge: Der **Mangel an bezahlbarem Wohnraum** und der **Mangel an Gewerbeflächen**. Beides sind ohne Frage Schlüsselthemen für die Zukunftsfähigkeit der Region, beides aber, und so ehrlich müssen wir sein, liegt nicht in unserem unmittelbaren Einwirkungsbereich, bestenfalls im planerischen und

schon gar nicht im Umsetzungsbereich. Das wäre monetär von uns überhaupt nicht zu leisten.

Von daher hat die neue „Kofinanzierung regionalbedeutsamer Gewerbeflächen“ mit 3 Mio. € eher Symbolcharakter, von der niemand ernsthaft glauben wird, dass dadurch auch nur ein einziger Hektar zusätzlich auf den Markt kommen wird. Wir werden bei der Vergabe der Mittel genau hinschauen müssen, ob es sich dabei, wie schon gehabt, um Mitnahmeeffekte handelt, oder ob wirklich hinderliche Barrieren beseitigt oder abgefedert werden.

Das Ganze spiegelt das Bild einer Übersättigung wieder. Der Region, den Städten, Kreisen und Gemeinden, geht es finanziell so gut wie nie, die Steuerkraft hat sich in 10 Jahren verdoppelt, die Umlagensätze aber haben sich nicht etwa halbiert sondern wurden mit neuen Leistungen ausgefüllt, das Wort „Sparen“ kommt bei den Haushaltsberatungen so gut wie nicht mehr vor.

Im öffentlichen Bewusstsein, auch der Bürgerinnen und Bürger, hat sich festgesetzt: Alles kann so bleiben, wie es ist, man braucht keine belastenden Veränderungen, man hat sich eingerichtet.

Aber doch spüren wir alle: wir leben nicht auf einer Insel der ewig Seligen. Wir sind als globaler Wirtschaftsraum, viel zu sehr den internationalen Wellenbewegungen ausgesetzt, um diesen Zustand dauerhaft fortschreiben zu können.

Bei allem was wir nicht beeinflussen können, auf eines sollten wir achten:

Wir sollten mit unseren Möglichkeiten und mit Augenmaß für Rahmenbedingungen sorgen, die der Region ein gedeihliches Wirtschaftsleben sichern, vor allem sollten wir uns davor hüten, selbst den Ast abzusägen auf dem wir alle sitzen. Wobei wir wieder bei den eingangs angesprochen Themen wären.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind im Begriff, uns einen schweren Rucksack aufzuladen, den wir viele Jahre tragen müssen. Wir sind als Fraktion bereit dazu, wenn auch andere verlässlich mittragen. Aber ich mache auch keinen Hehl daraus:

Wir betreten das Neue Jahr mit angehaltenem Atem...